

Erinnerungskultur(en) für eine Gesellschaft der Vielfalt

Mehr Achtsamkeit für unterschiedliche Perspektiven

Interview mit Helge Lindh, MdB (SPD)



Helge Lindh, MdB,
stellv. Kulturpolitischer
Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion,
Wuppertal / Berlin

Redaktion: Wie nehmen sie aktuelle Debatten über Erinnerungskultur wahr?

Helge Lindh: Auf der Bundesebene überdecken die Corona-Pandemie und die damit zusammenhängenden Auswirkungen für den Kulturbereich gerade fast alle anderen kulturpolitischen Inhalte. Derzeit ist es sicherlich notwendig, dass wir über Schutzschirme und Hygienemaßnahmen debattieren, andererseits darf dies langfristig nicht zu Lasten einer konzeptionellen Kulturpolitik gehen. Es gibt eine Reihe drängender Themen, die sicherlich auch in das weitere Feld der Erinnerungskultur gehören – etwa die Frage nach der Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte, der Umgang mit der NS-Geschichte oder Orte des Gedenkens für Migration. Gerade in diesem Zusammenhang erleben wir, dass insbesondere durch die AfD ein völkischer Zungenschlag in die Politik gekommen ist, der versucht, bestehende erinnerungskulturelle Konzepte zu Gunsten einer nationalistischeren Perspektive anzugreifen oder sogar gänzlich zu negieren. Umso wichtiger wird eine erinnerungskulturelle Auseinandersetzung mit Fragen der sozialen Integration, mit der Geschlechtergerechtigkeit oder allgemein mit der Vielfalt in der Gesellschaft.

Inwieweit sehen sie Erinnerungskultur als eine Machtfrage?

Es ist wichtig, uns klar zu machen, dass Erinnerungskultur niemals als Abbild eines geschichtswissenschaftlichen Diskurses verstanden werden kann. Bei Erinnerungskultur bewegen wir uns zwar in einem Feld, das durch wissenschaftliche Erkenntnisse fundiert wird, das letztlich aber einen – nicht selten höchst emotionalen – Auszug der Identitätsbildung bzw. der Selbstvergewisserung der Gesellschaft repräsentiert. In diesem Zusammenhang stellt sich die Machtfrage ganz klar

dadurch, wer auf welche Art und Weise kraft seiner gesellschaftlichen Position an etwas erinnern kann. Dadurch, wie in bestimmten sozialen Kontexten erinnert wird oder welche Spielregeln dabei Verwendung finden, offenbaren sich klare Hierarchien oder Asymmetrien. Daran anknüpfend stellt sich etwa bei der Betrachtung von Denkmälern immer die Frage, wer sind die Sprechenden und welche Message ist damit verbunden. Hier handelt es sich um Formen der Diskurshoheit, also von Dominanz oder eben fehlender Macht zur Durchsetzung.

Welche Probleme sehen Sie in Bezug auf die Ausgestaltung der Erinnerungskultur?

Aufgrund der problematischen Geschichte dieses Landes beinhaltet Erinnerungskultur in vielerlei Hinsicht noch eine Tradition des Verdrängens und der Marginalisierung – insbesondere in Bezug auf Fragen des Nationalsozialismus. Dieser Effekt wird heutzutage wieder dadurch bestärkt, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Organisationen den Wahnsinn des Dritten Reichs vergessen machen wollen, was in den Debatten um Schuld- oder Erinnerungswahnsinn zum Ausdruck kommt. Da müssen wir noch gezielter gegenhalten und neue Akzente setzen, die gerade die blinden Flecken der deutschen Geschichte in den Mittelpunkt rücken. Hierzu gehört sicherlich eine Auseinandersetzung mit den Folgen der Kolonialherrschaft, aber auch der Bereich Migration, etwa die Geschichte der Gastarbeiter*innen. Gerade für diese Themen braucht es mehr Sensibilität und Feingefühl. Wir müssen uns die Frage stellen, wer derzeit zum Kollektiv derer gehört, die sich öffentlich erinnern dürfen, und wen die fehlende Repräsentation ausschließt. Es gibt viele menschliche Geschichten, die definitiv nicht ausreichend berücksichtigt werden. Das hat dann mit sozialer

Lage zu tun, aber eben auch ganz stark mit Migration und Integration.

Wie könnte denn eine Erinnerungskultur die Vielfalt an Positionen besser darstellen?

Das verbreitete Denken in Minderheitenpositionen ist Teil des Problems, weil die Frage von Mehrheit und Minderheit eine denkbar relative ist. In bestimmten Kontexten stellt jede*r von uns eine Minderheit dar. Aus diesem Grund sollten wir uns selbst nicht zu sehr in diesem Denken verorten und bestimmte Gewichtungen vornehmen. Daran anknüpfend ist es praktisch notwendig, dass Menschen eine noch größere Achtsamkeit im Sinne einer Sensibilität für die spezifischen Belange der jeweils anderen entwickeln. Es braucht hybridere Formen des kollektiven Gedächtnisses, die unterschiedliche Perspektiven einbeziehen und diese kontextualisieren. So haben beispielsweise Zugewanderte ganz andere Erinnerungsbedarfe, die in unserer Gesellschaft bisher nicht ausreichend gehört werden. Diese Formen des anders geprägten historischen Gedächtnisses und damit auch einer anderen Erinnerungskultur brauchen Sichtbarkeit – und damit das Verstehen lernen, dass es kein monolithisches Erinnern gibt.

Wie könnte denn die Erinnerungskultur einer Gesellschaft der Vielen aussehen?

Anknüpfend an das, was ich gerade gesagt habe, ist es mir wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass im Bereich der Erinnerungskultur bestimmte Unhintergebarkeiten existieren. Es gibt Aspekte, die in einer liberalen Gesellschaft nicht verhandelbar sind – etwa die Verharmlosung des Holocausts. Daran anknüpfend bedarf es grundsätzlich einiger gemeinsamer Spielregeln. Andererseits – und das ist gerade für eine vielfältige Gesellschaft von

Bedeutung – ist es notwendig, dass wir die vielen blinden Flecken in der Aufarbeitung unserer Geschichte besser sichtbar machen. In diesem Sinne ist die Ausblendung der Kolonialgeschichte, nicht nur unter einer Berücksichtigung der Black Lives Matter-Bewegung, ein großer Skandal. Hier müssen wir uns nun sicherlich stärker engagieren. Angesichts der Diversität in der Gesellschaft können wir dabei nicht mehr von einer durch Generationen geprägten deutschen Gesellschaft ausgehen. Stattdessen müssen wir die vorhandene Heterogenität bei der Planung von Museen, Erinnerungsorten oder Denkmälern mitdenken.

Wie bewerten Sie die Debatten über das Stürzen von Denkmälern?

Die Wunden aus der Geschichte lassen sich selten durch das Stürzen von Denkmälern ungeschehen machen. Aus diesem Grund scheint es sinnvoller zu sein, wenn existierende Erinnerungsorte stärker in Bezug auf Machtasymmetrien kontextualisiert werden. Hierbei darf die Perspektive der Opfer nicht aus dem Blickpunkt rücken, die die Erinnerungsorte nicht zu Unrecht mit einer emotionalen Betroffenheit wahrnehmen. Für bestimmte Gruppen sind Denkmäler von Kolonialherren oder auch bestimmte Straßennamen eine Verletzung, da sie eine Kontinuität der Unterdrückung darstellen. Diese Wunden müssen in einer politischen Debatte offengelegt und diskutiert werden. Es braucht diesen Dialog über die verschiedenen Wahrnehmungen von Denkmälern und die Zukunft dieser Orte. Der Schmerz der dabei deutlich wird, ist das Aufbrechen dessen, was jahrelang gebrodelt hat. Es ist wichtig, dass wir diesen Schmerz zulassen, um auf diese Weise einen Prozess der Selbstvergewisserung einzuleiten.

Die Fragen stellte Dr. Henning Mohr ■